Die Finanzpolitik des Kantons Luzern braucht eine Richtungsänderung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Sparpakete nichts genützt haben. Trotz Steuererhöhung im Jahr 2014 genügen die Einnahmen immer noch nicht, um die Ausgaben zu decken. Die Ausgaben steigen munter weiter. Seit dem Jahr 2009 sind sie um rund eine halbe Milliarde Franken gewachsen und es ist keine Trendwende in Sicht. Im Budget 2017 steigt der betriebliche Aufwand wiederum um 3.7 %. Obwohl die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen sprudeln hinken die Einnahmen hinterher. Es wird ganz einfach mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Weder im privaten Haushalt, noch in der Wirtschaft können längerfristig mehr Ausgaben getätigt als Einnahmen generiert werden. Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten.

Mit dem Konsolidierungsprogramm KP 17 hätte die Lücke geschlossen werden sollen. Doch statt Einsparungen zu tätigen wurden mehrheitlich mehr Einnahmen generiert: Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern, Kürzung beim Kinderbetreuungsabzug, Kürzung des Pendlerabzuges, Einführung einer Minimalsteuer für juristische Personen, Einführung einer Deponieabgabe etc.. Zusätzlich zu diesen höheren Steuern, Gebühren und Abgaben soll auch noch der Steuerfuss steigen. Doch das Problem bleibt: Die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen. Dieses Problem kann die Steuerfusserhöhung nicht lösen. Die Folge davon ist offensichtlich: Wir werden bereits in wenigen Jahren über die nächste Erhöhung diskutieren. Dies können wir nur verhindern, wenn wir die Ausgaben in den Griff bekommen.

Diese Konzeptlosigkeit muss gestoppt werden. Das Volk darf sich nicht mit wiederholten Versprechungen abspeisen lassen, die Steuerfusserhöhung würde wieder zurückgenommen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, was man davon halten kann.

Eine Wende ist nur möglich, wenn das Volk die Steuerfusserhöhung ablehnt und eine Umkehr fordert.